

UiD

CDU-Informationsdienst
Union in Deutschland
Bonn, den 2. Mai 1989

14/89 – Mit Sonderbeilage Nordrhein-Westfalen

Wer rechtsradikal wählt – wird links regiert

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

Heiner Geißler zum Start des Europawahlkampfes

In der Europawahl am 18. Juni 1989 wird über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland in Europa entschieden. Nur ein einiges und handlungsfähiges Europa kann sich in der Weltpolitik und im harten internationalen Wettbewerb behaupten. Ohne Europa wären Zukunft und Wohlstand verspielt.

Linksradikale Grüne und rechtsradikale „Republikaner“ (REP) sind gegen die Europäische Gemeinschaft und gegen den Europäischen Binnenmarkt, die lehnen das westliche Bündnis ab und sind für politischen Neutralismus. Links- und Rechtsradikale schaukeln sich gegenseitig hoch und verursachen Krawalle, Straßen- und Saalschlachten; sie sind eine Gefahr für den inneren Frieden und die politische Stabilität. Sie lösen keine Probleme, sondern schaffen neue.

Überall dort, wo SPD und Grüne die Mehrheit besitzen, arbeiten sie zusammen und bilden Koalitionen. Ihr Ziel ist ein rot-grüner Pakt aus Sozialdemokraten, Öko-Liberalen, Marxisten aller Schattierungen, Radikalsozialisten und Stamokap.

Der rot-grüne Pakt ist gegen Soziale Marktwirtschaft und für eine staatlich gelenkte Wirtschaft. Rot-grüne Wirtschaftspolitik bedeutet: wirtschaftlicher Abstieg für uns Deutsche in Europa, Wettbe-

In diesem UiD finden Sie als Dokumentation die Regierungserklärung von Bundeskanzler Helmut Kohl, abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am Donnerstag, 27. April 1989.

werbsnachteile im Binnenmarkt, Verlust von Arbeitsplätzen durch weniger Export, sinkender Wohlstand, weniger soziale Sicherheit.

Rot-grün ist das Markenzeichen für Steuer- und Abgabenerhöhungen, die Arbeitnehmer und Unternehmer in unzumutbarer Weise belasten würden.

Rot-grün steht für Zurückweichen vor Kriminellen, Terrorismus und politisch motivierter Gewaltanwendung.

Der rot-grüne Pakt befürwortet den Marsch in das Niemandsland des Neutralismus und ist gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit.

Weder Rechtsradikale noch rot-grüne Koalitionen vertreten unsere deutschen Interessen, und sie würden die europäische Integration nicht entschlossen voranbringen, sondern sie stoppen. Um den Bürgern die mit Radikalismus und SPD verbundenen Gefahren für die künftige Rolle der Bundesrepublik Deutschland in Europa deutlich zu machen, startet die CDU ihren Europawahlkampf mit dem Slogan:

**„Radikale und SPD,
Zukunft und Wohlstand ade.
Christdemokraten bauen Europa“**

1. Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert

Die CDU bekämpft Rechts- und Linksradikalismus — im Gegensatz zur SPD. Radikale Parteien können aber nur mit dem Stimmzettel gestoppt werden. Wer verhindern will, daß der Radikalismus bei uns und in Europa an politischem Einfluß gewinnt, muß die demokratische Mitte stärken, also CDU wählen.

Die Linksradikalen der Grünen und anderer Parteien stellen eine ebenso große Gefahr für den Rechtsstaat, für die politische Stabilität, Toleranz und den inneren Frieden dar wie die Rechtsradi-

kalen der sogenannten Republikaner (REP). Die Linksradikalen grenzen sich nicht eindeutig gegenüber Gewalt, Rechtsbruch und Terrorismus als Mittel der Politik ab. Die Rechtsradikalen fördern Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz sowie nationalistische und chauvinistische Scharfmacherei.

Links- und Rechtsradikale lehnen das westliche Bündnis ab, sind für politischen Neutralismus und gegen die europäische Einigung.

Die CDU hat die Linksradikalen nicht bekämpft, um jetzt den Rechtsradikalen nachzulaufen. Die CDU bekämpft die REP und lehnt jede Zusammenarbeit oder Koalition mit ihnen ab.

Die REP

- mobilisieren Ängste, Vorurteile und Neid, haben aber keine politischen Lösungen für die wesentlichen Probleme unserer Gesellschaft;
- beschwören mit Panikszenerien den Untergang des Abendlandes, haben aber kein Bild von einem modernen Deutschland und seiner Verantwortung in der Welt;
- sind keine deutschen Patrioten, sondern schaden mit ihrer nationalistischen Kraftmeierei und Fremdenfeindlichkeit dem deutschen Interesse und dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland;
- verharmlosen den Nationalsozialismus und haben ein gestörtes Verhältnis zur Vergangenheit;
- sind nicht Verteidiger von Recht und Ordnung, sondern gefährden den inneren Frieden;
- sind eine Ansammlung von Querulanten und politisch Gescheiterten. Als Schutz gegen straffällige Mitglieder müssen REP-Parlamentskandidaten ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen.

Alle Bürger wissen seit Berlin und Frankfurt: Jede Stimme für rechtsradikale Parteien ist eine Stimme für den rot-grünen Pakt. Wer rechtsradikal wählt, wird links regiert!

2. Der rot-grüne Pakt gefährdet Zukunft und Wohlstand der Bundesrepublik Deutschland und ihre Spitzenposition in Europa.

Die SPD versagt im Kampf gegen die Linksradikalen, indem sie diese verharmlost und ihnen gestaltenden Einfluß auf Regierungs- und Verwaltungsentscheidungen eröffnet. Berlin und Frankfurt sind die Modelle für weitere rot-grüne Bündnisse in anderen Bundesländern, im Europäischen Parlament und auf Bundesebene.

Am 18. Juni haben die Bürger die Wahl:

a) Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Mit diesem wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzept schaffen wir weiter Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit.

Wohlstand und soziale Sicherheit sind nicht selbstverständlich, sondern auch Folge der richtigen Politik. Mit der Sozialen Marktwirtschaft sind wir die Nummer 1 in Europa geworden. Wir haben seit über sieben Jahren stetiges Wachstum, haben über eine Million neue Arbeitsplätze geschaffen, noch nie ging es den Bürgern so gut wie heute. Alle in- und ausländischen Fachleute bestätigen: Wir haben die besten Startchancen im kommenden Europäischen Binnenmarkt.

Rot-grün würde durch Wirtschaftslenkung und Staatsverschuldung die deutschen Chancen im Europäischen Binnenmarkt verspielen.

Statt Sozialer Marktwirtschaft wollen SPD und Grüne eine staatlich gelenkte Wirtschaft, statt auf soziale Partnerschaft

setzen sie auf Klassenkampf. Während in der Sowjetunion, in Polen und Ungarn immer mehr marktwirtschaftliche Elemente eingeführt werden, hält die SPD in ihrem Entwurf für ein neues Grundsatzzprogramm an dirigistischen Methoden fest. Wie rot-grüne Wirtschaftspolitik aussieht, erleben wir in Berlin: mehr staatliche Wirtschaftslenkung, Verschuldung auf Rekordhöhe, Einführung höherer oder neuer Abgaben, geringere Leistungen für die Bürger.

Dirigismus und bürokratische Gängelung sind das Gegenteil dessen, was uns Deutsche in Europa groß gemacht hat. Rot-grüne Wirtschaftspolitik bedeutet: Wirtschaftlicher Abstieg für uns Deutsche in Europa, Wettbewerbsnachteile im Binnenmarkt, Verlust von Arbeitsplätzen durch weniger Export, sinkender Wohlstand, weniger soziale Sicherheit.

b) Die CDU hat die größte Steuerentlastung seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland durchgesetzt – 48 Milliarden Mark gehen an die Bürger zurück.

Mit der dreistufigen Steuerreform, deren letzte Stufe im Januar 1990 in Kraft tritt, vermindern wir die steuerliche Belastung der Bürger um 48 Milliarden Mark. Damit wird die Binnennachfrage gestärkt, werden die Investitionen ange-regt und wird neuer Schwung in die Wirtschaft gebracht. Das schafft und sichert Arbeitsplätze. Die Steuerreform ist ein wichtiger Schritt, um unser Land für den künftig härter werdenden Wettbewerb im Europäischen Binnenmarkt zu rüsten.

Der rot-grüne Pakt will Steuererhöhungen und Mehrbelastungen für die Bürger durchsetzen.

Rot-grün ist ein Pakt für mehr Steuern und höhere Abgaben. Alle von der Bundesregierung eingeführten Steuererleichterungen sollen wieder rückgängig gemacht und den Bürgern soll zusätzlich ans Portemonnaie gegangen werden.

Allein die SPD hat in den letzten zweieinhalb Jahren 44 Steuer- und Abgabenerhöhungen gefordert. Betroffen wären Familien, Mittelstand, Landwirtschaft und letztlich alle Verbraucher. Allein durch die von der SPD geforderte Energiesteuer würde jeder Bürger jährlich mit 1 300 Mark mehr belastet. Typisch: In Berlin hat der rot-grüne Senat sofort die Verschuldung auf eine Rekordhöhe getrieben und die Einführung höherer oder neuer Abgaben beschlossen.

c) Die Verteidigung des Rechtsstaats und der Schutz der Bürger vor Gewalt und Terrorismus sind oberste Ziele unserer Politik.

Die CDU setzt sich energisch gegen die Bedrohung des inneren Friedens und die Aushöhlung unserer Rechtsordnung zur Wehr. Wir stehen auf der Seite der Bürger und nicht von terroristischen Rechtsbrechern. Wir wollen auch in einem Europa der offenen Grenzen inneren Frieden und Recht sichern durch die Schaffung einer europäischen Polizeibehörde mit entsprechenden Kompetenzen (Euro-FBI).

Der rot-grüne Pakt weicht vor Terrorismus, Drogenhändlern und anderen Schwerstkriminellen zurück. Er macht den Rechtsstaat erpreßbar und untergräbt das Rechtsbewußtsein.

Der rot-grüne Pakt hat ein gebrochenes Verhältnis zu unserem Rechtsstaat und zur inneren Sicherheit. Sie sind bei ihm in schlechten Händen. Das tragische Gladbecker Geiseldrama ist typisch für das Versagen der SPD: gefährliche Verbrecher fuhren tagelang durchs Land, ohne daß ein Zugriff erfolgte. Einer der Hauptverantwortlichen, der SPD-Innenminister von NRW, Schnoor, ist immer noch im Amt.

Vor den Forderungen der rechtsstaatlich verurteilten RAF-Terroristen geht die SPD in die Knie, während die Grünen

die Forderungen der RAF-Strafgefangenen unterstützen. Wer den Rechtsstaat schwächt, wer gegenüber Terroristen, Drogenhändlern und anderen Schwerstkriminellen die weiche Welle fährt, wird in einem Europa ohne Grenzen die Sicherheit unserer Bürger endgültig verspielen.

d) Für die CDU gehören Frieden und Freiheit zusammen. Die Verankerung im Westen, gesicherte Verteidigung und ein stabiles Bündnis bleiben Grundlage unserer Friedenspolitik.

In Europa herrscht heute Frieden. Dies ist eine der größten politischen Leistungen der neueren Geschichte. Unsere Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft für Demokratie und Menschenrechte bleibt Grundlage unserer Politik. Nur das klare Bekenntnis zur Wertegemeinschaft des Westens, das enge Bündnis mit unseren Partnern stärkt unseren internationalen Einfluß, ermöglicht den Dialog mit dem Osten, sichert unsere Freiheit und schützt unseren Wohlstand.

Der rot-grüne Pakt ist auf dem Marsch in das Niemandsland des Neutralismus und verspielt unseren internationalen Einfluß.

Rot-grün will weg von den Fundamenten unserer Sicherheit. Im Entwurf für das neue SPD-Grundsatzprogramm findet sich keine uneingeschränkte Zustimmung zur NATO mehr, bei den Grünen sind Parolen wie z. B. „Raus aus der NATO“ und Anti-Amerikanismus vorherrschend. Erst vor wenigen Tagen erklärten die Berliner AL-Politiker Christian Ströbele und Hilde Schramm, die stellvertretende Berliner Parlamentspräsidentin, der amerikanische Präsident Bush sei „kein willkommener Gast in Berlin“.

e) Die CDU findet sich nicht mit der deutschen Teilung ab. Unser Ziel bleibt es, in einem freien und geeinten Europa ein

freies und geeintes Deutschland zu schaffen.

Niemand hat mehr für die Menschen in der DDR und die deutsche Einheit erreicht als die jetzige CDU-geführte Bundesregierung: mehr Reisemöglichkeiten in beide Richtungen, mehr menschliche Erleichterungen sowie die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls der Deutschen. Für uns bleibt die deutsche Frage offen — sie ist nur lösbar im Rahmen der europäischen Einigung und einer europäischen Friedensordnung. Deshalb gehören Wiedervereinigung und europäische Einigung zusammen.

Der rot-grüne Pakt ist gegen die deutsche Einheit und setzt das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen aufs Spiel.

Immer mehr SPD-Politiker stellen das Ziel der deutschen Einheit in Frage. Alle SPD-regierten Bundesländer haben die Zahlungen für die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter eingestellt, die die Menschenrechtsverletzungen der DDR registriert. Sie haben damit vor den Forderungen der SED kapituliert. Auch die Grünen betrachten die deutsche Frage als lästig und wollen das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes mißachten.

Der rot-grüne Pakt würde das Ziel der Einheit in Freiheit gefährden und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes aufs Spiel setzen.

3. Christdemokraten bauen Europa

Christdemokraten wie Konrad Adenauer, Alcide de Gasperi und Robert Schuman haben nach dem Zweiten Weltkrieg die europäische Einigung begonnen. Konrad Adenauer hat unseren Weg nach Europa gegen den Widerstand von Radikalen und SPD durchgesetzt. Er hat damit die Grundlagen für Frieden, Wohlstand und soziale Sicherheit gelegt.

Auch heute ist die CDU die deutsche Europapartei und damit die Partei der Zukunft. Helmut Kohl ist der Kanzler der europäischen Einigung. Damit wir in Europa an der Spitze bleiben, hat er konsequent und kraftvoll deutsche Interessen in Europa durchgesetzt. Er hat das Tor zum Europäischen Binnenmarkt aufgestoßen, der für die Bundesrepublik Deutschland die größten Chancen seit der Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft durch Ludwig Erhard eröffnet. Der Binnenmarkt bringt für die Bundesrepublik Deutschland neue Investitionen, neue Märkte, neue Wachstumskräfte: das bedeutet mehr Wohlstand, mehr Arbeitsplätze und eine solide Grundlage für unser System der sozialen Sicherung.

Dies alles bedeutet: Wer die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland und ihren Wohlstand sichern will, muß Europa stärken, muß CDU wählen.

Stellvertretende Vorsitzende der Republikaner ausgetreten

Die stellvertretende Landesvorsitzende der Berliner „Republikaner“, die Studentin Alexandra Kliche, hat ihr Amt aufgegeben und ist aus der Partei ausgetreten. Sie begründet ihren Schritt unter anderem damit, daß zu viele „Leute aus der neonazistischen Szene“ Mitglieder der „Republikaner“ seien.

Zitat

„Alle Journalisten sind bestechlich mit guten Informationen.“

Der neue Informationsminister Hans „Johnny“ Klein

Christian Schwarz-Schilling:

Durch die Reform ergeben sich neue Chancen für die Post

Die Verabschiedung der Postreform durch den Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Regierungskoalition ist ein sehr bedeutsames Ereignis für die Post. Erstmals seit Inkrafttreten des Gesetzes für das Postwesen im Jahre 1953 kündigt sich damit eine bedeutsame Änderung für das Post- und Fernmeldewesen in der Bundesrepublik Deutschland an.

Schon in den 60er Jahren stellte eine unabhängige Kommission fest, daß die Post mit ihren althergebrachten Strukturen nicht mehr in der Lage sein wird, die Anforderungen der Zukunft optimal zu meistern. Obwohl der damalige SPD-Postminister diese Einschätzung teilte und die Regierung einen Gesetzentwurf für eine Reform in das Parlament einbrachte, scheiterten diese notwendigen Reformbemühungen am energischen Widerstand der Gewerkschaften. Etwa 20 Jahre, nachdem ein Reformbedarf erkannt worden ist, hat nun heute der Bundestag auf die Gesetzesinitiative der Bundesregierung hin die längst überfällige Reform verabschiedet.

Natürlich hätte ich mir gewünscht, daß nicht nur die Regierungsparteien diese Reform unterstützen, sondern auch die SPD ihre Einsicht in die Notwendigkeit dieser Reform zumindestens durch Stimmenthaltung auch nach außen dokumentiert hätte. Nachdem von Teilen der SPD-Fraktion im Februar Kompromißbereitschaft in Aussicht gestellt worden ist, konnte man sich offenbar den massiven Umklammerungen der Deutschen Postgewerkschaft nicht entziehen.

Ich habe in stundenlangen Gesprächen mit der Gewerkschaft den Konsens gesucht, Bundeskanzler Kohl hat sich in diese Gespräche eingeschaltet, und wir sind den Vorstellungen der Gewerkschaft in vielen Punkten entgegengekommen. Als hätte es solche Gespräche nie gegeben, als hätte ein solches Entgegenkommen nie stattgefunden, hat die Postgewerkschaft noch zu Beginn dieser Woche ihre Mitglieder zu massiven Protestaktionen aufgerufen, in denen zum wiederholten Male und wider besseren Wissens die Zerschlagung und der Ausverkauf der Deutschen Bundespost als Horrormärkte an die Wand gemalt wurden.

Durch das Reformgesetz wird die Post weder zerschlagen noch ausverkauft, noch privatisiert! Vielmehr wird durch mehr Wettbewerb im Telekommunikationsbereich privates Know-how und Innovationsfreude in diesem extrem schnell wachsenden Markt mit einbezogen.

Durch eine im Gesetz festgeschriebene Infrastrukturverpflichtung der Post und die Beibehaltung des Netz- und Telefondienstmonopols wird die Post aber verpflichtet und auch in die Lage versetzt, wie bisher die für alle Bevölkerungsgruppen wichtigen Dienste unter voller Berücksichtigung des flachen Landes bundesweit zu günstigen Preisen anzubieten. Zudem wird die Post, die sich jetzt in einem Klima wachsenden Wettbewerbs behaupten muß, durch innere Strukturveränderungen flexibler und damit schlagkräftiger gemacht. Die Trennung der politisch-hoheitlichen von den

betrieblichen und unternehmerischen Aufgaben ist einer der Kernpunkte der Reform. Die Erfüllung der betrieblichen Aufgaben durch die drei Unternehmen Deutsche Bundespost TELEKOM, Deutsche Bundespost POSTDIENST und Deutsche Bundespost POSTBANK wird sicherstellen, daß die Unternehmen die Wünsche der Kunden noch besser erfüllen können.

Ich bin sicher, daß wir allen drei Aufgabebereichen durch diese neuen Management-Strukturen weit bessere Perspektiven als heute geben. Dennoch bleibt die Einheit der Deutschen Bundespost unter dem Dach des Sondervermögens erhalten und ermöglicht, daß z. B. ein Finanzausgleich zwischen den Unternehmen vorgenommen wird, um ggf. finanzielle Ungleichgewichte zwischen den Unter-

nehmen auszugleichen. Jegliche Befürchtung, die Aufteilung in drei Unternehmen würde den Bereich Postdienst finanziell ausbluten lassen, entbehrt jeder Grundlage. Im Gegenteil: gerade durch die Reform ergeben sich neue Chancen auch für den Postdienst. Durch eine hervorragende Ausstattung mit Eigenkapital und eine entscheidende Entlastung des Bereichs Postdienst bei der Ablieferung an den Bund sehe ich sehr positive Expektanzen für die „gelbe“ Post und bin zuversichtlich, daß dieser Bereich Mitte der 90er Jahre schwarze Zahlen schreiben wird.

Ich bin sicher, daß wir hier eine Reform mit Augenmaß konzipiert haben, die auf die Situation in unserem Land zugeschnitten ist und zu Bewahrendes bewahrt und zu Veränderndes verändert.

Neuaufgabe

Sozialhilfe – Ihr gutes Recht

Ursula Lehr, Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, hat alle Hilfsbedürftigen auf die Möglichkeit hingewiesen, daß sie sich in Notfällen ohne Scheu an ihr Sozialamt wenden können. In einem Nachwort zu der jetzt in Neufassung erschienenen Broschüre „Sozialhilfe – Ihr gutes Recht“ schreibt die Ministerin:

„... fast drei Millionen Menschen erhalten bei uns im Laufe eines Jahres Sozialhilfe. Sozialhilfe ist eine staatliche Leistung, auf die jeder Bürger unter bestimmten Voraussetzungen Anspruch hat, wie z. B. auf Kindergeld oder Wohngeld.“

Die vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit heraus-

gegebene Broschüre soll ein Ratgeber sein und praktische Hinweise für alle geben, die sich über die Sozialhilfe orientieren möchten. Dabei sind die Informationen notwendigerweise sehr allgemein gehalten, unter anderem deshalb, weil bei der Gewährung von Sozialhilfe die Situation jedes einzelnen zu beachten ist. Die Broschüre ersetzt also nicht die Beratung durch das Sozialamt. Sie vermittelt aber einen Überblick über die Voraussetzungen und den Umfang der wichtigsten Sozialhilfe-Leistungen und gibt durch die Darstellung einiger typischer Beispiele auch einen Einblick in die Praxis.

Die Broschüre kann kostenlos angefordert werden beim Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Postfach, 5300 Bonn 2.

Frühjahrgutachten der Forschungsinstitute:

Die Beschäftigung wird deutlich zunehmen

„Die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hat 1988 die Erwartungen übertroffen. Mit einem Zuwachs von rund 3,5 Prozent ist das reale Bruttosozialprodukt stärker gestiegen als in fast allen Jahren des seit 1983 anhaltenden Aufschwungs, und die kräftige Aufwärtsbewegung wird sich auch in diesem Jahr fortsetzen.“

So kennzeichnen die fünf Wirtschaftsforschungsinstitute die derzeitige wirtschaftliche Situation. Besonders bemerkenswert ist, daß der Konjunkturaufschwung bei weiterhin „blendender Exportsituation“ in zunehmendem Maße von den Investitionen der gewerblichen Wirtschaft getragen wird. Denn: „Mit der deutlichen Belebung der Investitionen stellten die Unternehmen auch vermehrt zusätzliche Arbeitskräfte ein.“

Damit bestätigen die Wirtschaftsforscher die Politik der CDU-geführten Bundesregierung. Wir können jetzt die Früchte unserer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik ernten. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und — vor allem — die dreistufige Steuerreform haben dafür gesorgt, daß sich der kräftige Anstieg der Unternehmensinvestitionen inzwischen beschleunigt fortsetzt.

Erweiterungsinvestitionen schaffen neue Arbeitsplätze. Diesen grundlegenden Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlichem Wachstum und Beschäftigungsgrad leugnen SPD und Gewerkschaften seit langem beharrlich, das Gut-

achten der Wirtschaftsexperten widerlegt sie überzeugend. Die Zahl der Erwerbstätigen ist stark gestiegen, die der Arbeitslosen trotz des beträchtlichen Zustroms von deutschen Aussiedlern aus Osteuropa spürbar gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es im Frühjahr 1989 rund 220 000 Arbeitsplätze mehr.

Und diese Entwicklung wird sich in diesem und im nächsten Jahr fortsetzen. Die Unternehmen haben wieder mehr Vertrauen in eine gesunde Entwicklung von Weltwirtschaft und Binnenwirtschaft, sie nehmen die Herausforderung durch den künftigen EG-Binnenmarkt an und stellen sich darauf ein. In wichtigen Bereichen sind sogar bereits Kapazitätsengpässe zu vermelden, die die Unternehmen mehr als bisher zu Erweiterungsinvestitionen veranlassen. Dies wird unter anderem in der lebhaften Entwicklung des Wirtschaftsbaus sichtbar.

Der anhaltende konjunkturelle Aufschwung spiegelt sich auch in anderen Arbeitsmarktdaten wider. Die Zahl der Kurzarbeiter ist derzeit so niedrig wie im Höhepunkt des vorausgegangenen Aufschwungs im Jahre 1979/80. Die Zahl der offenen Stellen nahm weiterhin zu.

Ein Wermutstropfen in der ansonsten positiven Bilanz ist diesmal die Entwicklung der Preise. Durch unterschiedliche Faktoren verursacht steigt das Preisniveau in diesem Jahr voraussichtlich um rund drei Prozent.

Nach der Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute lassen die für den lebhaften Anstieg der Konjunktur in der

Bundesrepublik maßgeblichen Auftriebskräfte im weiteren Verlauf dieses Jahres nicht nach. „Die Investitionsneigung im Inland hat sich so gefestigt, daß mit einer anhaltend kräftigen Expansion der Investition gerechnet werden kann.“ Auch die Nachfrage aus dem Ausland wird weiter erheblich zunehmen, die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden in diesem Jahr ähnlich wie 1988 um ca. vier Prozent expandieren.

Hat der Arbeitsmarkt 1988 schon deutliche Belegung erfahren, ist für das laufende Jahr mit einer noch stärkeren Ausweitung der Beschäftigung zu rechnen.

„Im Jahresverlauf von 1989 wird die Beschäftigung daher deutlich zunehmen; die Zahl der Erwerbstätigen steigt um etwa eine Viertel Million.“ Für 1990 wird noch mal ein Anstieg um 200 000 vorausgesagt.

Eindeutige Rückendeckung der Wirtschaftsforscher erfährt die Politik der CDU-geführten Bundesregierung auch im Bereich der Tarifpolitik. Das Gutachten mahnt dringend flexiblere Lösungen bei der Arbeitszeit an.

Bohl folgt Seiters

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf Vorschlag ihres Vorsitzenden, Alfred Dregger, den bisherigen Parlamentarischen Geschäftsführer, Friedrich Bohl, zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer und den Bundestagsabgeordneten Jürgen Rüttgers zum neuen Parlamentarischen Geschäftsführer gewählt.

Zum Vorsitzenden (Sprecher) der Arbeitsgruppe Haushalt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde der Abgeordnete Jochen Borchert gewählt.

Die Bundestagsfraktion hat weiterhin den Abgeordneten Helmut Buschbom als stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung nominiert.

Zitat

„Sie können ganz beruhigt sein, denn die exzellente Wirtschaftslage und die Investitionen sprechen für die Bundesrepublik. In einigen Sektoren muß man jedoch wachsam sein. Und die Kommission ist es. Wir bauen Europa nicht, um den Lebensstandard der deutschen Arbeitnehmer zu senken, sondern um ihn zu erhöhen. Dieser Lebensstandard hängt jedoch zum größten Teil von der Möglichkeit ab, in andere europäische Länder zu verkaufen. Daher ist Europa unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten für die deutsche Wirtschaft lebensnotwendig.“

Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission im ZDF

100 Millionen mehr für die Kriegssopfer

Nach einem Gespräch zwischen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und dem Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentnern Deutschlands e.V. (VdK) erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Otto Zink**: Die Vereinbarung der Regierungskoalition, im Rahmen eines 4. Strukturverbesserungsgesetzes zum Bundesversorgungsgesetz ab 1990 die Leistungen in der Kriegssopferversorgung im Umfang von 100 Millionen DM strukturell zu verbessern, hat der Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentnern Deutschlands — VdK Deutschland — begrüßt. Die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiesen darauf hin, daß zusätzlich zu den 100 Millionen DM weitere 15 bis 20 Millionen DM zur Verbesserung bestimmter Verordnungen (z. B. orthopädische Versorgung) im Haushalt bereitgestellt würden.

Die Deutschen sind

Europameister

1 Million neue Arbeitsplätze

Der Arbeitsmarkt ist kräftig im Aufwind: 1 Million neue Arbeitsplätze seit 1983. Hauptgewinner sind die Frauen: Etwa 750 000 Arbeitsplätze.

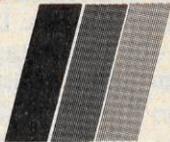
- Außerdem:**
- 232 546 Stellen sind nicht besetzt. Mittelständische Unternehmen suchen vergeblich nach Facharbeitern. Sie können Aufträge nicht annehmen, weil Arbeitskräfte fehlen.
 - Aus Lehrstellenmangel ist Lehrlingsmangel geworden. 60 000 Ausbildungsplätze, vor allem im Handwerk, können nicht besetzt werden.

Die Deutschen sind Europameister: Wir haben die höchsten Löhne, die kürzeste Arbeitszeit, den längsten Urlaub und die höchsten Sozialleistungen in Europa.

SPD? Nein danke!

- Zwischen 1980 und 1982 war sie dafür verantwortlich, daß 1 Million Arbeitsplätze verloren gingen. Heute schürt sie mit falschen Prophezeiungen Arbeitsplatzängste.
- Die SPD versteht nichts von der Wirtschaft. Steuersenkungen lehnt sie ab. Statt dessen will sie Steuern erhöhen.
- Die SPD verspielt Wohlstand und Zukunft der Deutschen.

CDU



*Die
Zukunft*

Wichtiger Schritt zur besseren Bekämpfung des Terrorismus

In der 3. Lesung des sog. Artikelgesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten führt der CDU-Bundestagsabgeordnete Anton Stark u. a. folgendes aus:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält diese Gesetzesänderungen für notwendige, längst überfällige Maßnahmen im Interesse der inneren Sicherheit und des inneren Friedens in der Bundesrepublik. Mit diesen Gesetzesänderungen wollen wir

1. die Gewalt in all ihren Erscheinungsformen möglichst verhindern bzw. wirksam bekämpfen,
2. die Herrschaft des Rechts in unserem demokratischen Rechtsstaat gewährleisten und
3. das Grundrecht auf friedliche Demonstrationen sichern, das in Artikel 8 unseres Grundgesetzes so umschrieben ist: „Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.“

Unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat darf vor der Gewalt — gleich in welcher Form, ob auf der Straße oder in der mörderischen Form des Terrorismus — nicht zurückweichen. Er darf kein schwächerer Nachtwächter-Staat sein. Ansonsten nehmen das Rechtsbewußtsein der Bevölkerung, aber auch die Motivation unserer Polizeibeamten bei der Erfüllung ihrer beruflichen Pflichten Schaden — mit unabsehbaren Folgen für unsere rechtsstaatliche Ordnung und die innere Stabilität unseres Staates.

Lassen Sie mich nun auf die für uns wichtigsten Einzelheiten der Gesetzesvorschläge kommen:

Diese sind nach unserer Auffassung zunächst die Änderungen des Versammlungsrechts, und hier vor allem das strafbewehrte Verbot der Vermummung und passiven Bewaffnung bei Demonstrationen und anderen öffentlichen Versammlungen.

Wer auf diesem Gebiet den Handlungsbedarf des Gesetzgebers bestreitet, wie die Oppositionsfraktionen, der muß daran erinnert werden, daß seit dem Jahr 1985, als wir uns zuletzt mit dieser Materie befaßt haben, bei ca. 1 000 unfriedlichen und gewalttätig verlaufenden Demonstrationen über 1 500 Polizeibeamte z. T. schwer verletzt, zwei Polizeibeamte heimtückisch getötet, Hunderte von Brand- und Sprengstoffanschlägen sowie über 100 Anschläge auf Bahn- und öffentliche Versorgungseinrichtungen verübt wurden.

Die Zerstörung privaten Eigentums in Millionenhöhe anlässlich gewaltsamer Demonstrationen möchte ich nur am Rande erwähnen.

Vermummung bei Demonstrationen in unserem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat ist meines Erachtens eines freien, verantwortungsvollen Bürgers unwürdig und deshalb inhuman. Demonstrieren heißt sich zeigen — nicht als vermummtes Lebewesen, sondern als Mensch mit einem Gesicht.

Strafgrund für die Vermummung sind aber nicht diese mehr anthropologischen Überlegungen, sondern die Tatsache, daß Vermummung und passive Bewaffnung

bei Demonstrationen gefährlich und deshalb sozial schädlich sind. Vermummung und passive Bewaffnung indizieren, provozieren und produzieren Gewaltbereitschaft — und zwar nicht nur bei den Vermummten selbst, sondern auch bei zunächst friedlichen Demonstranten. Erfahrungstatsache von Praktikern, die auch von Psychologen bestätigt wird, ist, daß Demonstrationen mit Vermummten und passiv Bewaffneten zehnmal so häufig unfriedlich verlaufen als Demonstrationen ohne Vermummte und passiv Bewaffnete.

Der angesehene Tübinger Strafrechtler Prof. Dr. Baumann, der nicht im Verdacht steht, ein Konservativer zu sein und im übrigen unseren Gesetzesentwurf nicht befürwortet, stellt in der Zeitschrift „Strafverteidiger“ 1/88 hierzu folgendes fest: „Daß passive Bewaffnung und vor allem Vermummung eine Gefahr und ein Herabsetzen der Schwellen der Gewaltanwendung bedeuten, war mir eigentlich immer schon geläufig. Ich staune darüber, daß man das in Bonn erst jetzt entdeckt.“ Baumann fährt fort: „An wohl niemandem ist die Erkenntnis vorbeigegangen, daß Vermummte und passiv Bewaffnete seit über einem Jahrzehnt eine Gefahr für Polizei und für das Demonstrationsrecht, auch übrigens für friedliche Demonstranten darstellen.“

Mit der letzten Meinung bezüglich der Erkenntnisfähigkeit aller irrt sich Prof. Baumann — denn an SPD und Grünen ist diese klare Erkenntnis erstaunlicherweise vorübergegangen. Demgegenüber teilen 75 Prozent der Bevölkerung und 90 Prozent der aktiven Polizeibeamten die Meinung von Herrn Prof. Baumann.

Es gibt in unserem freiheitlichen Rechtsstaat keinen legitimen und nachvollziehbaren Grund, vermummt oder passiv bewaffnet zu einer Demonstration zu gehen, zumal wir im heute zu verabschie-

denden Gesetz das Recht der Polizei zu Bild- und Tonaufnahmen bei Demonstrationen einschränkend normiert haben.

Wer nichts auf dem Kerbholz hat und nichts Böses im Schilde führt, kann sich in unserem Rechtsstaat bei jeder Demonstration mit offenem Visier zeigen, ohne dabei irgendeine berechtigte Angst vor Nachteilen haben zu müssen.

Es kann deshalb nicht im Ernst davon gesprochen werden, daß unsere Gesetzesänderungen eine Einschränkung des Grundrechts der Versammlungsfreiheit seien. Mit unseren Gesetzesänderungen wollen wir vielmehr einen Beitrag zur „Rekultivierung des Demonstrationsgeschehens“ leisten, so daß in Zukunft niemand, der friedlich für oder gegen etwas demonstrieren will, aus Angst vor Randalen und Gewalt sich davon abhalten läßt.

Ein zweiter wichtiger Punkt des Gesetzes, wenn auch nicht so wichtig wie der erste, ist die Einführung der Untersuchungshaft für sog. reisende Gewalttäter, welche ihre Gewalt sozusagen im Umherziehen ausüben. Der Gewalttäter konnte bisher, selbst wenn der Polizeibeamte wußte, er steht in dringendem Verdacht, einen schweren Landfriedensbruch begangen zu haben und einen solchen wieder zu begehen, selbst dann nicht in Haft genommen werden, wenn er dem Polizeibeamten gegenüber zum Ausdruck brachte, daß er ihn bald anderorts wiedersehen werde.

In Zukunft wird es in diesem Fall unter den einengenden Bestimmungen des § 112a StPO möglich sein, einen solchen reisenden Gewalttäter in Untersuchungshaft zu nehmen. Der bisherige Zustand war für die Polizeibeamten höchst frustrierend und hat im Rechtsgefühl unserer Mitbürger keinerlei Verständnis gefunden.

Vom dritten Schwerpunkt des Gesetzentwurfs, von der Kronzeugenregelung, versprechen wir uns in Übereinstimmung mit dem Generalbundesanwalt, dem Bundeskriminalamt und zahlreichen Sachverständigen einen wirkungsvollen Beitrag, vor allem zur Verhinderung weiterer terroristischer Anschläge, aber auch zur Aufklärung vergangener terroristischer Taten.

Unser Rechtsstaat befindet sich bezüglich terroristischer Straftaten in einem faktischen Ermittlungszustand. Die Mörder von Ernst Zimmermann, Beckurts, Groppler und von Braunmühl, wie auch die Täter des Anschlags auf Dr. Tietmeyer und seinen Fahrer, befinden sich alle noch in Freiheit. Die Ermittlungsquote bei üblichen Mördern, die bei 90 Prozent liegt, liegt im terroristischen Bereich in den letzten Jahren bei Null.

In dieser Situation darf ein Rechtsstaat nicht die Hände in den Schoß legen, sondern er muß alles versuchen, um zukünftige schwere Anschläge zu verhindern, die Fahndungserfolge spürbar zu verbessern, den harten Kern der Terroristen und ihr Umfeld nachhaltig zu verunsichern und die Verbrecher einer gerechten Strafe zuzuführen.

Wenn dies mit den klassischen Mitteln des Strafrechts nicht möglich ist, ist der Staat verpflichtet im Interesse des Schutzes seiner Bürger auch zu unkonventionellen Rechtsinstitutionen zu greifen.

Im übrigen ist die Rechtsfigur des Kronzeugen schon in unserem geltenden Recht angelegt; sie stellt also kein völlig systemfremdes Novum dar.

Nach § 129a Abs. 5 und Abs. 6 kann das Gericht die Strafe wegen Gründung oder Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung mindern oder von einer Bestrafung ganz absehen. Noch weiter geht die Kronzeugenregelung im Betäubungsmittelgesetz (§ 31 BtmG).

Auch alte Demokratien wie die USA, Großbritannien, Irland und vor allem Italien haben eine Art Kronzeugen-Regelung und damit zum Teil recht gute Erfahrungen gemacht.

Wir sind uns durchaus bewußt, daß die Kronzeugenregelung einen Versuch darstellt. Deshalb erfolgt sie auch außerhalb des Strafgesetzbuches und ist befristet.

Die Kronzeugenregelung ist ein Angebot an Terroristen, die aus dem Teufelskreis ihrer terroristischen Verirrung aussteigen wollen und damit gleichzeitig einen Beitrag zur Verhinderung weiterer schwerer Straftaten leisten.

Niemand weiß, ob wir mit diesem Versuch Erfolg haben werden. Wenn aber auch nur das Leben eines unschuldigen Mitbürgers durch die Einführung der Kronzeugenregelung gerettet werden könnte, so hätte sich die Einführung der Kronzeugenregelung schon gerechtfertigt.

Abschließend möchte ich sagen, daß gerade die Ereignisse, Äußerungen und Taten der letzten Wochen und Tage im Zusammenhang mit dem sog. Hungerstreik der RAF-Häftlinge sowohl aus den Gefängnissen heraus, als auch von außerhalb bei RAF-Anhängern und -Symphatisanten uns allen die Augen dafür öffnen sollten, daß Gewaltanwendung und Terrorismus leider keine Erscheinung der Vergangenheit, sondern eine höchst aktuelle Herausforderung unseres Rechtsstaates sind. Gegenüber diesen zutiefst rechtsstaatfeindlichen Bemühungen und Aktivitäten sollten die verantwortlichen Politiker aller Parteien meines Erachtens mehr Einigkeit und Standfestigkeit zeigen.

Mit der Verabschiedung der Gesetze zur inneren Sicherheit leisten wir zur Erhaltung und Festigung dieses Vertrauens der Bevölkerung und der Polizeibeamten in unserem Rechtsstaat einen gerade jetzt notwendigen und aktuellen Beitrag.

Kein Kniefall vor dem Terrorismus

Hungerstreik der RAF soll den freiheitlichen Rechtsstaat erpressen

Am 1. Februar 1989 sind Straf- und Untersuchungsgefangene der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) in einen planvoll organisierten Hungerstreik getreten — dem zehnten seit 1973. Gefordert wird die Zusammenlegung der Häftlinge in ein oder zwei Großgruppen.

Die Inhaftierten der RAF setzen damit ihren Kampf gegen den freiheitlich demokratischen Rechtsstaat fort. Durch eine dramatisch angelegte Hungerstreik-Kette soll der Staat erpreßt werden, den Forderungen der terroristischen Häftlinge nachzugeben. Karl-Heinz Dellwo erklärte: „Entweder sie gehen auf unsere Forderungen ein, oder wir kämpfen bis zum Tod.“ (Stern, 22. März 1989) In einer Erklärung Rolf Heißlers heißt es, es gehe um „Sieg oder Tod“; man wolle „die Körper zu Waffen“ machen. (FAZ, 31. März 1989)

Ziel der exakt abgestimmten Aktion ist es, über die Öffentlichkeitswirkung und die Mobilisierung der Sympathisanten-Szene den Druck auf den Staat kontinuierlich zu verstärken. Durch das Prinzip der Kette, so Helmut Pohl, soll es keine „kurze, frontale Konfrontation“, sondern „ein langgezogener Kampf“ werden. (taz, 2. Februar 1989)

Es gibt keine „Isolationshaft“

Bei der Kampagne für die Zusammenlegung der RAF-Häftlinge geht es nur vordergründig um die Frage der Haftbedingungen. Der Vorwurf der „Isolationshaft“ oder „Isolationsfolter“ dient lediglich der Diffamierung des demokratischen Rechtsstaates und der Mobilisierung der Sympathisanten-Szene. Allein

schon die genau geplante und exakt abgestimmte Hungeraktion zeigt, wie gut das Kommunikationsnetz der Häftlinge funktioniert und wie absurd der Vorwurf der „Isolationshaft“ ist.

„Isolationshaft“ oder „unmenschliche Haftbedingungen“, von denen die Sympathisanten-Gruppen der terroristischen Gewalttäter sprechen, gibt es in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Die jeweiligen Haftbedingungen sind an den gesetzlichen Bestimmungen und den Notwendigkeiten des Einzelfalls ausgerichtet. Die Strafgefangenen sind zum Teil in Einzelhaftträumen untergebracht, wie es das Strafvollzugsgesetz grundsätzlich vorsieht, zum Teil aber auch in Wohngruppen. Sie haben die Möglichkeit des Kontakts zu Mithäftlingen, die nicht dem Terrorismusbereich zuzuordnen sind. Allerdings lehnen Häftlinge aus dem terroristischen Bereich solche Kontakte oft ab und isolieren sich innerhalb der Haftanstalten selbst, indem sie jeden Umgang mit anderen Häftlingen verweigern. Auch eine Teilnahme am gemeinschaftlichen Aufenthalt im Freien bei Trennung von Häftlingen aus dem Terrorismusbereich wird von ihnen überwiegend nicht akzeptiert.

Beispiele:

Karl-Heinz Dellwo (Strafhaft Celle), wegen zweifachen gemeinschaftlichen Mordes in Tateinheit mit Geiselnahme und versuchter Nötigung eines Verfassungsorgans zu zweimal lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Dellwo hat täglich 4 Stunden 45 Minuten, an Wochenenden und Feiertagen täglich 7 Stunden Aufschluß. Während der Aufschlußzeiten kann er einen gemeinsamen

Freizeitraum benutzen, der mit Fernsehapparat, Kühlschrank, Kochherd, Gymnastikmatte sowie ca. 200 Büchern ausgestattet ist. Außerdem kann Dellwo die Anstaltsbibliothek benutzen; er bezieht neun Zeitungen und Zeitschriften. Eine Tischtennisplatte steht ebenfalls zur Verfügung.

Christian Klar (Strafhaft Stuttgart), wegen neunfachen Mordes, elffachen versuchten Mordes, versuchten und vollendeten erpresserischen Menschenraubes, versuchter und vollendeter Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion, zweier Freiheitsberaubungen, zweier räuberischer Erpressungen, versuchten schweren Raubes, zweifacher versuchter Nötigung eines Verfassungsorganes sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu fünfmal lebenslanger Freiheitsstrafe und zusätzlich 15 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Klar verfügt in seinem Haftraum über ein Radiogerät, einen Kassettenrecorder, eine Schreibmaschine und zahlreiche Bücher. Er bezieht sieben Zeitungen und Zeitschriften. Das Angebot, mit anderen Häftlingen zusammenzukommen, z. B. bei Gemeinschaftsveranstaltungen wie Sport, Fernsehen, Gesprächsgruppen, Gottesdienst, lehnt Klar ab. An der Arbeit nimmt er ebenfalls nicht teil.

Adelheid Schulz (Strafhaft Köln), wegen fünffachen gemeinschaftlichen Mordes, versuchten und vollendeten erpresserischen Menschenraubes, versuchter und vollendeter Geiselnahme, versuchter Nötigung von Verfassungsorganen in zwei Fällen und zweier räuberischer Erpressungen sowie Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu dreimal lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt.

Frau Schulz verfügt in ihrem Haftraum u. a. über ein Radiogerät, einen Kassettenrecorder, über 30 Bücher und eine Schreibmaschine. Sie bezieht 10 Zeitungen und Zeitschriften.

Die Aufschlußdauer beträgt täglich achteinviertel Stunden, an Wochenenden und Feiertagen täglich achtdreiviertel Stunden. Frau Schulz kann sich während des Aufschlusses mit anderen Häftlingen im Haftausflur, der mit Tischen und Stühlen, Fernsehapparat und Tischtennisplatte ausgestattet ist, treffen und frei bewegen sowie eine dort eingerichtete Teeküche und einen weiteren Freizeitraum mit Plattenspieler und Sitzgelegenheiten benutzen.

Den RAF-Häftlingen geht es nicht um die Veränderung der Haftbedingungen, die die Möglichkeit umfänglicher Kommunikation bieten — bis hin zu Telefonschaltkonferenzen und Interviews, die aus den Zellen gegeben werden. Vielmehr soll der Staat die RAF-Häftlinge als politische Verhandlungspartner akzeptieren, ihnen einen Sonderstatuts zuerkennen und ihren Forderungen nachgeben.

Hungerstreik als „revolutionärer Kampf“

Es geht den RAF-Häftlingen darum, das erpresserische Potential eines Hungerstreiks zu nutzen, um dem schwindenden Zusammenhalt der Gruppe und dem nachlassenden Zuspruch von Sympathisanten entgegenzuwirken, die naive Arglosigkeit mancher Zeitgenossen auszunutzen und damit ein gewisses Maß an Handlungen- und Aktionsfähigkeit wiederzugewinnen. Die ehemalige Strafgefange-ne Monika Berberich, die 18 Jahre Haft wegen verschiedener Straftaten im Zusammenhang mit der RAF verbüßte, hat in aller Klarheit jene korrigiert, die für den „Dialog“ mit den Häftlingen und für deren Zusammenlegung plädieren und sich davon ein Umdenken bei den Terroristen versprechen: „Die Forderung nach Zusammenlegung sagt, daß die Gefangenen politisch handlungsfähig werden wollen. Die Frage ist, was können Gefangene unter diesen Umständen machen? Sie können eben nicht bewaff-

net, sie können nur politisch kämpfen.“ (Welt am Sonntag, 16. April 1989) Ähnlich schreibt Karl-Heinz Dellwo: „... natürlich ist die Zusammenlegung nur ein Etappenziel.“ (taz, 25. März 1989) In der Erklärung „für die Gefangenen aus der RAF“ vom 1. Februar 1989 schreibt Helmut Pohl: „Wir wollen jetzt die Zusammenlegung... und dann wollen wir weiter.“ Und an einer anderen Stelle der Erklärung heißt es: „Die Zusammenlegung ist jetzt für uns das Erste. Dann... unsere Freiheit. Darauf spitzt es sich für uns praktisch zu. Denn die Freiheit ist natürlich unser Ziel.“ (taz, 2. Februar 1989)

Die RAF begreift ihren Hungerstreik und die Forderung nach Zusammenlegung als Instrument ihres „revolutionären Kampfes“ gegen unseren Staat. Helmut Pohl in seiner Erklärung zum Auftakt des Hungerstreiks: „Wir nehmen jetzt eine neue Form von kollektivem Kampf auf.“ (taz, 2. Februar 1989) Dies gilt auch für die RAF-Sympathisanten-Szene: Ein Bekennerschreiben zu einem Brandanschlag trug die Überschrift: „Zusammenlegung durchsetzen heißt angreifen.“ (Die Zeit, 7. April 1989)

Der Staat darf sich nicht erpreßbar machen

Die RAF-Häftlinge sind in einem rechtsstaatlichen Gerichtsverfahren rechtskräftig verurteilt. Sie haben sich schwerer und schwerster Verbrechen schuldig gemacht. Es kann nicht angehen, daß wegen eines Hungerstreiks begründete und rechtsstaatliche Entscheidungen des Staates aufgehoben werden. Es ist unerträglich, daß terroristische Straftäter sich anmaßen, in „Verhandlungen“ demokratisch legitimierten Staatsorganen gegenüberzutreten. „Tarifverhandlungen“ mit Terroristen kann es nicht geben.

Der demokratische Rechtsstaat darf sich nicht erpressen lassen. 1977, als RAF-Terroristen den Arbeitgeberpräsidenten

Hanns-Martin Schleyer entführten und schließlich ermordeten, gab es einen Konsens der Demokraten: Die damalige Bundesregierung unter einem sozialdemokratischen Kanzler, nachhaltig unterstützt von der Christlich Demokratischen Union, hat den Erpressungsversuchen der Terroristen nicht nachgegeben und dafür einen hohen Preis in Kauf nehmen müssen.

Damals wurde so entschieden, obwohl es um das Leben eines Unschuldigen und Unbeteiligten ging. Es kann und darf jetzt nicht mit zweierlei Maß gemessen werden. Es wäre ein Zeichen von Schwäche und ein Kniefall vor den Terroristen, wenn sich der Staat, der sich damals bei der Geiselnahme eines unschuldigen Opfers nicht hat erpressen lassen, diese Haltung nun aufgäbe, wenn sich Terroristen ihren Körper gewissermaßen als Geisel nehmen.

Terroristen sind gewöhnliche Schwermisdelanten und müssen deshalb auch so behandelt werden. Es darf keine Sonderrechte und Privilegien für Terroristen geben. Die Gleichheit vor dem Gesetz ist die Grundlage unseres Rechtsstaates. Deshalb kann für einsitzende Terroristen nichts anderes gelten als für andere Straftäter. Es gibt keine Sonderprämien für ideologisch verblendete und fanatisierte Gewalttäter, die den Kampf gegen unseren Staat auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Es ist beschämend und bestürzend, daß im Mittelpunkt der Diskussion nur noch die Täter stehen, niemand aber mehr von deren Opfern und dem Leid ihrer Familien spricht. Der Rechtsstaat hat auch gegenüber den Opfern und ihren Angehörigen eine moralische Verpflichtung.

Wer den Erpressungsversuchen nachgibt, macht sich zum Handlanger derjenigen, die nur das Ziel verfolgen, die Handlungsfähigkeit der RAF wieder herzustellen. Jede erfolgreiche Erpressung öffnet

neuen Erpressungen Tür und Tor. Die Häftlinge, die heute mit dem Hungerstreik ihre Zusammenlegung erzwingen, können morgen auf diese Weise ihre Freilassung erpressen.

Wer heute mit einsitzenden Terroristen verhandelt oder ihren Forderungen nachkommt, der muß morgen dasselbe auch gegenüber inhaftierten Drogenhändlern oder Mafiosi tun. Durch Erpressung erzwungene Privilegien für Terroristen wären eine Ermunterung für andere Kriminelle, sich ebenfalls in Gefängnissen zu organisieren und den Staat unter Druck zu setzen. Ein Nachahmungseffekt zeichnet sich bereits ab. So sind in der Berliner Frauenstrafanstalt Plötzensee weibliche Häftlinge, die weitgehend wegen Rauschgiftmißbrauch einsitzen, in einen „Hungerwarnstreik“ getreten und fordern „selbstbestimmte Zusammenlegung und Zusammenschlüsse innerhalb offener Häuser“ (dpa, 17. April 1989)

Die RAF-Häftlinge zeigen keine Einsicht. Ein Sinneswandel ist bisher aus keiner Erklärung deutlich geworden. Sie haben sich weder von ihren Methoden noch von ihren Zielen losgesagt. Die Behörden bieten den RAF-Häftlingen die Chance, von sich aus ihren Irrweg zu verlassen und wieder in die Gesellschaft zurückzukehren. Wenn sie diese Möglichkeit nicht nutzen und sich mit einem Hungerstreik in Lebensgefahr begeben, ist nicht der Staat dafür verantwortlich, sondern der einzelne Häftling.

SPD verläßt demokratischen Grundkonsens

Die Christlich Demokratische Union ist nicht bereit, für eine Erpressung des Rechtsstaates die Hand zu reichen. Es muß alle Demokraten mit großer Sorge erfüllen, daß die SPD-regierten Bundesländer den Grundkonsens gegenüber den hungerstreikenden RAF-Häftlingen verlassen haben und zumindest teilweise auf

die Forderungen der RAF-Häftlinge eingegangen sind. Der Alleingang der SPD-Länder ist bereits ein politischer Erfolg der RAF, die im übrigen die SPD durch die Ablehnung des „SPD-Angebots“ schonungslos bloßgestellt hat. Schon glauben die hungerstreikenden Terroristen, so eine RAF-Erklärung, mehr und mehr „Haarrisse im Machtblock der Bourgeoisie“ erkennen zu können. (Spiegel, 17. April 1989)

Ein Teil der SPD läßt sich durch den Hungerstreik terroristischer Gefangener unter Druck setzen. Ihre Bereitschaft, den Forderungen der Terroristen entgegenzukommen, ist ein Schlag ins Gesicht aller rechtstreuen Bürger. 81 Prozent lehnen ein Eingehen auf die Forderungen der RAF-Häftlinge ab. (ZDF, Politbarometer, 17. April 1989) Das Vorgehen der SPD gefährdet das Rechtsbewußtsein und beschädigt das Ansehen des Rechtsstaates. Der freiheitliche Rechtsstaat darf sich von terroristischen Gewalttättern nicht erpressen lassen. Das Recht darf nicht bedenkenlos auf dem Altar eines prinzipienlosen Opportunismus geopfert werden.

Die SPD hat ganz offenbar ein gebrochenes Verhältnis zu unserem Rechtsstaat und zur inneren Sicherheit. Die Beispiele reichen von der Hamburger Hafenstraße und der Düsseldorfer Kiefernstraße, wo sie dem kriminellen Treiben von Politchaoten tatenlos zusieht, bis in den Entwurf für ein neues Grundgesetzprogramm, in dem politisch motivierter Rechtsbruch verharmlost wird.

Als die SPD noch in Bonn regierte, konnte sie sich im Kampf gegen den Terrorismus immer auf die Union verlassen. Die SPD ist aufgefordert, zur früher selbstverständlichen, eindeutigen Haltung gegenüber Terroristen zurückzukehren, die sie jetzt aufgekündigt hat. Im Kampf gegen den Terroristen müssen Demokraten Geschlossenheit zeigen.

Materialien zur Europawahl

Broschüren/Prospekte

| | | | |
|------|---|-----------|----------|
| 5145 | Broschüre: Die EG auf dem Weg zur europäischen Umweltgemeinschaft | 25 Expl. | 22,50 DM |
| 5146 | Broschüre: Deutschlands Zukunft heißt Europa | 25 Expl. | 22,50 DM |
| 5147 | Broschüre: Wir setzen deutsche Interessen im Binnenmarkt durch | 25 Expl. | 22,50 DM |
| 2138 | Broschüre: Europa von A—Z | 50 Stück | 24,— DM |
| 2137 | Magazin: Europas beste Seiten | 50 Stück | 34,— DM |
| 5135 | In Europa sind wir Vorreiter im Umweltschutz (UiD-Dokumentation) | 50 Stück | 10,— DM |
| 5129 | Mit Forschung die Zukunft gewinnen (UiD-Dokumentation) | 50 Stück | 10,— DM |
| 2149 | Briefwahlprospekt: Bundesausgabe | 500 Stück | 45,— DM |
| 2155 | Briefwahlprospekt: Saar und Rheinland-Pfalz | 500 Stück | 45,— DM |

Sympathiewerbemittel

| | | | |
|------|---|-------------|----------|
| 9118 | Autoabfalltüte — Sauber reisen ohne Grenzen — | 100 Stück | 24,— DM |
| 9503 | Aufkleber: Europa-Signet | 100 Stück | 12,— DM |
| 9482 | Bleistift mit Europa-Signet | 100 Stück | 20,— DM |
| 9111 | Lederfußball mit Europaaufdruck | 1 Stück | 44,— DM |
| 9508 | Papierfähnchen „Europa“ | 1 000 Stück | 80,— DM |
| 9814 | Parkscheibe — Freie Fahrt für Europa — | 100 Stück | 47,— DM |
| 9511 | Luftballons — Europa — | 1 000 Stück | 135,— DM |
| 9778 | Neu: Wasserball mit CDU-Aufdruck | 25 Stück | 35,— DM |

Plakate

| | | | |
|------|---|----------|----------|
| 8156 | Poster A1 Neu: Mit seiner Stimme spielt man nicht | 50 Expl. | 37,50 DM |
|------|---|----------|----------|

STICHWORT

ERASMUS

Mit dem ERASMUS-Programm fördert die Europäische Gemeinschaft die Mobilität von Hochschulstudenten und Dozenten. ERASMUS ist seit dem 15. Juli 1987 in Kraft und wurde für die ersten drei Jahre 1987 bis 1990 mit insgesamt 85 Millionen ECU (rund 170 Millionen Mark) ausgestattet.

Durch das ERASMUS-Programm sollen die sechs Millionen Hochschulstudenten der Gemeinschaft motiviert werden, einen Teil ihres Studiums an einer Hochschule eines anderen EG-Mitgliedstaates zu absolvieren.

Bisher liegt der Anteil der Studenten, die in einem anderen Land der Gemeinschaft studieren, weit unter einem Prozent. Durch ein Studium im Nachbarland soll die Zusammenarbeit in Europa für die kommende Generation der Führungskräfte in Wirtschaft und Politik vorbereitet werden.

Im Studienjahr 1988/89 werden 6 500 ERASMUS-Stipendien vergeben. Bei den Fachrichtungen dominieren die Sprach- und Ingenieurwissenschaften. Bis 1990 werden rund 25 000 Studenten aus der EG durch ERASMUS gefördert werden und rund 1 700 Hochschuleinrichtungen für die Ausarbeitung von Austauschprogrammen finanzielle Hilfe erhalten können.

Skandalöse Beleidigung des US-Präsidenten

Die Äußerung des Vorstandsmitglieds der Berliner Alternativen Liste, Ströbele, US-Präsident Bush sei in der Stadt nicht willkommen, hat zahlreiche Reaktionen ausgelöst. Bundesregierung, CDU und FDP haben die Erklärung scharf kritisiert.

Die außenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Michaela Geiger**, erklärte dazu: „Die Äußerung von Grünen, die gegen einen Besuch von Präsident Bush in Berlin polemisieren, sind entlarvend: Sie haben noch immer nicht begriffen, daß die Freiheit Berlins von dem Engagement der USA entscheidend abhängt. Erstaunlich ist dabei das Schweigen der SPD. Man vermag es kaum zu glauben: Da begibt sich der neue Regierende Bürgermeister Momper nach Washington, um dort für Vertrauen in die Solidarität des neuen Senats zu werben und wird prompt von seinem Koalitionspartner blamiert.“

Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, stellte fest: Wer den amerikanischen Präsidenten Bush als unwillkommenen Gast Berlins bezeichnet, wird auf Dauer zum Totengräber der Freiheit Berlins. Denn wer wollte auf Dauer Unterstützung von denen verlangen, die er als unerwünscht bezeichnet. Daß die Grünen in Berlin regieren, macht ihren Affront gegen den US-Präsidenten gemeingefährlich. Der SPD-Vorsitzende Vogel, der sich sonst zu allen Klein-Themen äußert, sollte endlich einen klaren Trennungsstrich seiner Partei zu den alternativ-grünen Ströbeles und Genossen ziehen.

Mit seiner Stimme spielt man nicht!



Christdemokraten
bauen Europa



Paulinchen warnt vor politischem Leichtsin

Mit der Originalabbildung aus dem Struwwelpeter spricht dieses neue Plakat eine erste politische Warnung aus: „Mit seiner Stimme spielt man nicht.“ So können Sie alle Wähler auf die Gefahr aufmerksam machen, die dem droht, der seine Stimme bei der Europawahl am 18. Juni (in Rheinland-Pfalz und im Saarland auch bei den Kommunalwahlen) verschenkt: Nicht nur wer Grün oder SPD wählt, gefährdet Zukunft und Wohlstand. Auch wer rechts wählt, hilft links an die politische Macht! Warnen deshalb auch Sie mit Paulinchen unübersehbar alle Wähler vor politischem Leichtsin!

Dieses Plakat im Format A1 ist sofort durch das IS-Versandzentrum in 4804 Vermold zu beziehen.

Bestell-Nr.: 8156

Mindestabnahme: 50 Exemplare

Preis pro Mindestabnahme: 37,50 DM

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

Radikale und SPD, Zukunft und Wohlstand ade.

Christdemokraten bauen Europa



Mit dieser ersten Großfläche startet die CDU ihren Europawahlkampf. Siehe auch die Ausführungen von Generalsekretär Heiner Geißler auf der Titelseite dieser Ausgabe.

UID

14/89

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421, **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** VVA, Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.